



Bildung und Innovation sind unsere wirtschaftliche Zukunft

Aktuelle ökonomische Forschung zeigt konkret notwendige politische Schritte auf

Einer der wohl grundlegendsten Erkenntnisfortschritte der Wirtschaftswissenschaften in den letzten beiden Jahrzehnten lag im Feld der Wachstumstheorie: Das langfristige wirtschaftliche Wachstum ist vor allem durch Innovationen getragen, welche wiederum eine qualitativ hochwertigen Bildung der Bevölkerung voraussetzen. Aber kann die Wirtschaftspolitik konkret etwas aus der fast schon zum Allgemeinplatz gewordenen Erkenntnis lernen, dass Bildung und Innovation wichtige Wachstumsmotoren sind?

Die Plenarvorträge auf der diesjährigen Tagung des Vereins für Socialpolitik, auf der sich derzeit die deutschen Wirtschaftswissenschaftler in München treffen, belegen, dass die ökonomische Forschung der letzten Jahre ganz konkrete Wirkungszusammenhänge untersucht hat und damit ganz konkrete Schlussfolgerungen für die Politik bieten kann. So legen die vorgetragenen Forschungsergebnisse nahe, dass Zentralabitur und größere Wahlfreiheit für Eltern zwischen selbständigen Schulen die Schülerleistungen verbessern, dass eine bessere Finanzierung der Universitäten kombiniert mit deren Budgetautonomie zu besseren Ergebnissen beitragen und dass staatliche Innovationsförderung weniger auf etablierte Unternehmen als vielmehr auf bessere Rahmenbedingungen für Neugründungen setzen sollte.

Als Investition in „Humankapital“ stärkt Bildung die Innovationsfähigkeit und wird damit zum zentralen Bestimmungsfaktor für die langfristigen Wachstumsaussichten moderner Volkswirtschaften und für ihre Behauptung im globalen Wettbewerb. „Qualitativ hochwertige Bildung und Innovationsfähigkeit sind die Säulen unserer wirtschaftlichen Zukunft“, betont Ludger Wößmann, Professor für Bildungsökonomik an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität und Organisator des thematischen Vortragsprogramms. Darüber hinaus stellt er heraus: „Das zentrale Fundament dazu wird schon im schulischen Alter gelegt.“

So stellt Eric Hanushek von der Stanford University in seinem Vortrag heraus, dass es weniger die in der frühen Forschung betonten quantitativen Bildungsabschlüsse als vielmehr die durch kognitive Basiskompetenzen messbare Qualität der jeweiligen Bildung ist, die erwiesenermaßen starke Effekte auf das individuelle Einkommen und das volkswirtschaftliche Wachstum hat. Gleichzeitig zeigen seine Forschungen, dass eine höhere Bildungsqualität nicht einfach durch zusätzliche Ausgaben im bestehenden Schulsystem zu haben ist. Damit sich Investitionen ins Schulsystem auszahlen, bedarf es grundlegender Veränderungen der schulpolitischen Ansätze. Hier kann die Perspektive der Ökonomen helfen: Die Forschung der letzten Jahre belegt, dass Rechenschaftssysteme, Schulautonomie und elterliche Wahlfreiheit zwischen Schulen leistungsfördernde Anreize hervorrufen. Neben den auf Schulen gerichteten „angebotsseitigen“ Anreizen wirken aber auch auf Schüler und Eltern abzielende „nachfrageseitige“ Anreize. Dies erweist sich beim Zentralabitur ebenso wie bei Programmen in Entwicklungsländern, die den Schulbesuch mit Transfers von Geld und Nahrungsmitteln sowie dem Erlassen von Schulgebühren verbinden. Allerdings warnt Hanushek, dass die bisherigen Programme aufgrund ihrer Ausrichtung auf quantitativen Schulbesuch statt auf qualitative Kompetenzen nicht die erhofften wirtschaftlichen Konsequenzen zeitigen könnten.

Im Schulalter erlernte kognitive Basiskompetenzen sind eine notwendige Grundlage für erfolgreiche höhere Bildung. Harvard-Professor Philippe Aghion geht in seinem Vortrag

insbesondere auf die Universitätsbildung ein. Er argumentiert, dass ihr in Ländern, die nahe an der weltweiten technologischen Grenze arbeiten, eine besondere Bedeutung zukommt. Je näher sich ein Land an der technologischen Grenze befindet, desto wichtiger ist nach Aghions Ansicht die Universitätsbildung als Innovationsmotor. Daher fordert er, dass europäische Länder ihren Rückstand zu den USA bei den Ausgaben für höhere Bildung endlich schließen sollten. Aber wiederum kommt es auch darauf an, wie das Universitätssystem organisiert ist: Auch wenn Aghion betont, dass es nicht „das“ alleinige Erfolgsmodell gibt, so schneiden im internationalen Vergleich der Forschungsleistungen diejenigen Universitäten am besten ab, die eine gute finanzielle Ausstattung mit Budgetautonomie verbinden.

Dietmar Harhoff von der Fakultät für Betriebswirtschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München geht in seinem Vortrag noch näher auf Ursachen der Innovationsfähigkeit in Deutschland ein. Er betont, dass es hierzulande besonders an der Kommerzialisierung von verfügbaren neuen Ideen mangelt. Daher sollte die Politik vermehrt Entrepreneurship als wichtige Innovationsquelle stärken. Anstatt sich zu stark an etablierten Unternehmen zu orientieren, sollten laut Harhoff die mangelhaften Rahmenbedingungen für Gründungen verbessert werden. Er warnt auch davor, dass Innovationsfähigkeit und Gründungsbereitschaft durch die Alterung der Gesellschaft weiter erschwert werden. Aber er sieht auch Chancen für die Zukunft: „Sowohl Wissenschaft als auch Unternehmen in Deutschland fahren mit angezogener Handbremse, weil sie das kreative Potenzial von Frauen bisher in viel zu geringem Ausmaß nutzen.“ Harhoff fordert daher ein noch stärkeres Umdenken und verweist auf die skandinavischen Länder als Vorbild. Unternehmen, die den Wandel zur stärkeren Entwicklung und Nutzung des Kreativitätspotenzials von Frauen in Forschung und Innovation frühzeitig einleiten, hätten starke Wettbewerbsvorteile.

Matthias Doepke von der University of California in Los Angeles betont in seinem Vortrag einen weiteren Kanal des Einflusses von Humankapital auf wirtschaftliche Entwicklung, der über direkte Produktivitätswirkungen hinausgeht: die Rolle des Humankapitals als Motor des politischen Wandels. Durch die zunehmende Rolle des Humankapitals werden vormals bestehende politische Interessengegensätze abgemildert, was verschiedene politische Reformen erst ermöglicht. Mit steigendem Bildungsniveau steigt auch das Interesse von Arbeitern an einem Verbot der Kinderarbeit, das Interesse von Kapitaleignern an öffentlicher, steuerfinanzierter Bildung sowie das Interesse von Männern an der Gleichberechtigung der Frauen. Bildung wird zum zentralen Katalysator sozialer und politischer Reformen, die dann selbst zum Auslöser weiteren wirtschaftlichen Fortschritts werden.

Stefan Wolter von der Universität Bern wendet sich schließlich einem Thema zu, dem im deutschsprachigen Raum besondere Bedeutung zukommt: der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in der dualen Berufsausbildung. Anhand Schweizer Daten weist er nach, dass die betrieblichen Kosten und Nutzen der Ausbildung ein zentraler Bestimmungsgrund der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe sind. Die fehlende Ausbildungsbereitschaft vieler Betriebe scheint vor allem daran zu liegen, dass es in dem Betrieb keine Einsatzmöglichkeit für Lehrlinge gibt, die eine Wertschöpfung hervorbringt, welche die Kosten der Ausbildung für den Betrieb aufwiegen würde. Allerdings warnt Wolter vor einer Subventionierung von Ausbildungsplätzen, da diese zum allergrößten Teil in Mitnahmeeffekten schon ausbildender Firmen versickern würde. Gleichzeitig belegen seine Analysen, dass ein lohnender betrieblicher Einsatz von der Qualität der zuvor in den weiterführenden Schulen erhaltenen Bildung abhängt. Dementsprechend könnte eine bessere Qualität der Schulbildung auch zu einer Lösung des Ausbildungsplatzmangels beitragen.

Ansprechpartner: Prof. Dr. Ludger Wößmann, Tel.: (089) 9224-1699, woessmann@ifo.de.